

## Schule in der Corona-Krise - Anstöße und Forderungen des Landesverbandes Hamburg

Der Vorstand des Landesverbandes Hamburg (in Verbindung mit der Vereinigung der Schulleiter\*innen der Stadtteilschulen) ist im vergangenen Jahr mit fünf Mitteilungen an Presse und Öffentlichkeit getreten.

Hier kommt eine Zusammenfassung gefolgt von Ausschnitten aus den entsprechenden Presseerklärungen

Mit einer Stellungnahme am **27. April** wurde auf die vielfältigen kritischen Aspekte aufmerksam gemacht, die mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in diesem frühen Stadium sichtbar wurden: Fragen der **Bildungsgerechtigkeit**, die Schule als **fehlender sozialer Ort**, **Modelle für hybride Formen des Unterrichts**, die **Bedeutung der künstlerischen und „praktischen“ Fächer** für die Bildung, die **Notwendigkeit, Prüfungen, Zeugnisse und Abschlüssen auf den Prüfstand** zu stellen, nicht zuletzt auch **kritische Fragen zur staatlichen Steuerung**.

Am **25. Mai** konnten alle Hamburger Schüler\*innen – wenn auch zeitlich begrenzt – die Schule **wieder besuchen**. Die GGG Hamburg **begrüßte** dies ausdrücklich, mahnte aber mit einer Pressemitteilung **am 2. Juni** erneut an, dass die Schule nur dann als „guter Ort“ gestaltet werden könne, wenn die **Eigenverantwortung der Schulen gestärkt** und **Spielräume geschaffen** würden. Noch einmal wurde gefordert, dass **Abschlüssen ausgesetzt** werden müssen. Auch die **technische Ausstattung** der Schulen sollte zügig ausgebaut werden.

Zum Schuljahresbeginn war dann aber klar, dass auch im Corona-Jahr in einem erheblichen Ausmaß Abschlüssen von den Gymnasien zu den Stadtteilschulen stattgefunden hatten. Und zwar in einem Umfang, der es nötig machte, dass jede dritte Stadtteilschule neue siebte Klassen einrichten musste. Mit der Pressemitteilung vom **28. Juli** ging der Landesvorstand hierauf ein und **forderte** zudem erneut, **dass die Gymnasien generell die Schüler\*innen behalten und fördern sollen**, die sie einmal aufgenommen haben.

Bereits nach den Herbstferien wurde deutlich, dass eine Öffnung der Schulen für alle Kinder und Jugendlichen wegen der steigenden Infektionszahlen nicht haltbar sein würde. Mit einer Presseerklärung am **25. November** machte die GGG Hamburg deutlich, dass zügig an **Szenarien für hybriden Unterricht** gearbeitet werden sollte, **die den Schulen Flexibilität einräumen**, so dass auch Zeiten, Orte und Inhalte entzerrt werden können. **Transparenz und Beteiligung** wurden noch einmal als Teil von tragfähigen Lösungen angemahnt und zudem die **Bildung eines zentral angesiedelten Kompetenzteams** gefordert, das schnell Rahmenbedingungen für eine Schule in Zeiten der Pandemie schaffen sollte.

Für die Zeit vom 16. Dezember bis zum 10. Januar 2021 wurde schließlich die Präsenzpflcht aufgehoben und damit weitestgehend die Gestaltung dieser Vorgabe in die Hände der Schulen gegeben. Nötig aber wäre aus Sicht des Landesvorstandes und der Schulleiter\*innenvereinigung ein **„Masterplan für die Schule in Pandemiezeiten“** gewesen, der mit der **Legende von der „Schule im Normalbetrieb“** Schluss macht und klug ausbalancierte neue Wege beschreitet. Die Pressemitteilung vom **14. Dezember** macht deutlich, wie dringlich die **Abkehr von gängigen Routinen** ist.

**Im Folgenden finden Sie Ausschnitte aus diesen Presseerklärungen:**

### April 2020

„Es gilt, die Krise und ihre Beschränkungen kritisch konstruktiv zu wenden und nach *alternativen Formen von persönlicher und fachlicher Bildung* in dieser besonderen Situation zu suchen. Gerade deshalb ist nicht nachvollziehbar, warum „alte“ Deutungs- und Handlungsmuster die derzeitigen Lösungen dominieren: Wenn zuerst die Prüfungsjahrgänge, dann die Auslese- und Übergangsjahrgänge (Jahrgang 4 und insbesondere der Jahrgang 6 der Gymnasien) an die Schulen

zurückkehren, müssen Schüler\*innen anderer Jahrgänge – gerade auch jene in besonderen Lebenslagen – warten, obwohl wir wissen, wie stark die Krise die Bildungsgerechtigkeit verstärkt...

Die starke Konzentration auf die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch verkennt, dass gerade jetzt eine ganzheitliche Bildung gefordert ist. **Die Schüler\*innen benötigen jetzt ihre Schule auch und besonders als sozialen Ort.** Primär gilt es, Strukturen und Prozesse zu schaffen, die Schüler\*innen und Elternhäuser psychisch und sozial entlasten. Das erfahren Schüler\*innen durch das Erleben von Gemeinschaft, durch das Teilen von Ängsten und Hoffnungen wie auch durch das kooperative Entdecken ihrer Umwelt und ihre persönlichen Fähigkeiten und Stärken. **In den Mittelpunkt des schulischen Lernens und Lebens gehören nicht nur die kognitiven Anforderungen der Kernfächer, auch musisch-künstlerische, forschende und sportliche Anforderungen sind gerade jetzt wichtig.** Es geht auch darum, **außerschulisches** Lernen zu bestärken, z.B. kulturelle Einrichtungen wie Museen, Konzerthallen, Theater, die der Öffentlichkeit derzeit nicht zugänglich sind, zu nutzen. ....

....nur unmittelbar vor Ort können die adäquaten, an den Schülerbedürfnissen ausgerichteten Entscheidungen getroffen werden, ohne dass damit die Steuerungserfordernisse durch die Behörde außer Kraft gesetzt werden. **Klare Vorgaben und deutliche Spielräume stärken die Verantwortung vor Ort an den Schulen.** Jede Schule hat ihre eigenen Bedingungen, kann möglicherweise auf Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen zurückgreifen, kann einschätzen, wer und in welchem Umfang für zivilgesellschaftliches Engagement befragt und herangezogen werden kann. Die Aufgaben der Schulen sind außerordentlich herausfordernd. Hierfür brauchen sie Vertrauen, Unterstützung und Ermutigung.“

## Juni 2020

„Alle Beteiligten haben ein hohes Interesse daran, aus dem Krisenmodus herauszukommen, nicht mehr „auf Sicht zu fahren“, zu verlässlichen Strukturen zu kommen und damit auch zu mehr Routine in der Bewältigung der pädagogischen Arbeit unter den Bedingungen der Corona-Pandemie zu kommen. Doch nicht nur für die nächsten Wochen bis zum Schuljahresende, sondern auch für das neue Schuljahr muss angenommen werden, dass es sicherlich noch sehr von der Corona-Pandemie geprägt sein wird und auch dann Abstandsregeln und Hygienevorgaben zu beachten sind, die einen regulären Schulalltag nicht ermöglichen. Die Bewältigung dieses Spannungsverhältnisses erfordert gezielte Schritte und Maßnahmen in verschiedenen Themenfeldern.

**Oberster Maßstab soll, neben der Gesundheit aller, die Abmilderung der strukturellen Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten sein. Für das „Kunststück“, im neuen Schuljahr Präsenzunterricht und Lernen zu Hause so zu strukturieren, dass ein Höchstmaß an Bildungsgerechtigkeit erlangt werden kann, müssen alle Kräfte in Behörde, Fortbildungsinstituten, der Beratungszentren und Schulen genutzt und gebündelt werden. ....**

Zunehmend werden die Vorgaben der Behörde aber detailreicher, durch enge Zeitvorgaben geprägt und an Fächern orientiert. Setzungen haben die Möglichkeiten der Schulen, flexibel zu guten Lösungen zu kommen, eingeschränkt. Dabei ist Hamburg doch ein Bundesland mit herausragenden Erfahrungen der selbstverantworteten Schule....

In Hinblick auf das nächste Schuljahr wäre wichtig, jetzt auszuwerten, welche positiven lernförderlichen Erfahrungen die Pädagog\*innen und Schüler\*innen mit dem Lernen zu Hause gemacht haben und welche bedeutsamen Hindernisse aufgetreten sind. Beispiele wie Unmengen von Übungs- und Aufgabenblättern, die digital hin- und herwandern oder digitales Lernen, das analoges Arbeiten nur in neuem Gewand abbildet, machen deutlich, dass es um mehr gehen müsste. Die Vorherrschaft eines Lehrkraft- und Fächerzentrierten Unterrichts, die bisherige starke

Konzentration auf die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch verkennt, dass eine ganzheitliche Bildung mit vielen intellektuellen Herausforderungen, sinnlichen Erfahrungen, kreativer Gestaltung und viel Bewegung mehr gefragt ist denn je. Es geht um eine neue (digitale und analoge) Aufgabenkultur, um herausfordernde, gute Lernsituationen für die Schüler\*innen in der notwendigen Balance von Präsenzunterricht und Lernen zu Hause. Die Herausforderung an die Didaktik und Methodik ist immens. Sie zu bewältigen braucht Zeit. Kooperationsverbände und Netzwerke können dies unterstützen.....“

## **Juli 2020**

**„Die Abschlungen von den Gymnasien an die Stadtteilschulen, die im großen Umfang Jahr für Jahr erfolgen, sind und bleiben aus pädagogischen und lernpsychologischen Gründen ein Makel des Schulsystems. Sie beschädigen nachweislich die Lernbiografie eines Menschen.** Die abgeschulten Schüler\*innen erleben frühzeitig Schulversagen und werden beschämt. Die aufnehmenden Schulen müssen diese vielfach demotivierten Schüler\*innen wiederaufbauen und integrieren, und das zu einem Zeitpunkt, wo nach monatelangem Homeschooling und zeitweisem Unterricht nun alle Schüler\*innen die Schule erstmalig wieder besuchen.“

## **November 2020**

„Die Schulen brauchen für gute Lösungen vor Ort Gestaltungsfreiheit und den Abbau bürokratischer Hürden. Sie benötigen gleichfalls einen klar beschriebenen und weit genug gefassten Handlungsrahmen.

Die GGG fordert hierfür die zügige Bildung eines Kompetenzteams für Hamburg, das in seiner Zusammensetzung die Schullandschaft abbildet .....

Schule muss ein sicherer Ort sein und gute Bildungsangebote für alle bieten. Uns ist an einer langfristigen verlässlichen Strategie für Schule in diesen herausfordernden Zeiten gelegen. Eine einheitliche Lösung für alle wird der Situation nicht gerecht. Die Schulen brauchen Spielräume und Gestaltungsfreiheit. So heterogen die Schülerschaft jeder Schule ist, so vielfältig werden die Lösungen sein. Zum Beispiel:

- Die Teilung von Klassen muss nicht automatisch heißen, dass der andere Teil der Klasse immer zu Hause bleibt. Schüler\*innen können z.B. mit Aufgaben in leerstehenden Räumen der Schule betraut werden, bzw. kann eine Betreuung durch Honorarkräfte (z.B. durch Student\*innen) sichergestellt werden. Hierfür sollte „Geld in die Hand“ genommen werden.
- Zeiten, Orte und Inhalte müssen entzerrt werden. Die flexible zeitliche Gestaltung der Schule, u.a. auch gestaffelte Anfangs- und Arbeitszeiten müssen in herausfordernden Zeiten nicht nur den Wirtschaftsunternehmen, sondern auch den selbstverantworteten Schulen zugebilligt werden. Leerstehende Kultur- und Sportflächen könnten genutzt werden. Bildungspläne müssen entschlackt werden.
- Jedwede personelle Unterstützung (Studierende ohne Job, arbeitslose Kulturschaffende) sollte ohne bürokratische Hürden leicht möglich sein.

Alle Maßnahmen und Modelle sollen die besonders benachteiligten Schüler\*innen im Blick haben. Für sie muss es im weitaus höheren Maße schulische Orte und Bindungen geben. Auch deshalb sind starre Modelle abzulehnen. Gerade für diese Schüler\*innen sind besondere Modelle hybriden Unterrichts zielgerecht auszuloten.“

## Dezember 2020

„Senat und Schulbehörde übernehmen nicht die notwendige Verantwortung für die Schüler\*innen, Eltern und Pädagog\*innen, den beschlossenen „Lockdown“ umzusetzen. Erneut legen sie die Entscheidung über den Infektionsschutz in andere Hände. Bereits in der letzten Woche hatte der Schulsenator die Verantwortung für den Hybridunterricht mit all seinen weitreichenden Bildungs- und Sozialfolgen an die Schulkonferenzen abgegeben. Begründung: Damit solle den „Schulgemeinschaften mit höheren Infektionszahlen Planungssicherheit und Mitgestaltungsmöglichkeiten“ gegeben werden. In Wirklichkeit wird mit dieser Vorgabe die Forderung nach Selbstständigkeit der Schulen ad absurdum geführt: Verantwortung wird ihnen da übergeben, wo politische und behördliche Entscheidungen zum Infektionsschutz gefragt sind, bei pädagogischen Entscheidungen werden sie aber weiterhin eng geführt.

Es kommt aber spätestens jetzt darauf an, dass der Hamburger Senat und die Schulbehörde eine überzeugende Strategie entwickeln, um Hamburgs Schulen sicher und verlässlich durch die Pandemie zu führen. Die fortwährende, in ihrer Schlichtheit grundsätzlich zu begrüßende Aussage, dass die Schulen offen bleiben sollen, ist aber leider bisher die einzige Antwort des Schulsenators und des Senats auf die großen Herausforderungen, denen sich Schüler\*innen, Eltern und Pädagog\*innen seit März ausgesetzt sehen. Die Schulgemeinschaften sind dieser Politik längst enteilt und liefern seit März nach Kräften schuleigene, flexible Lösungen.....

Zur Bewältigung dieser Probleme fordern wir den Hamburger „**Masterplan für die Schule in Pandemiezeiten**“. Dieser Masterplan benötigt Kreativität, Mut, Sachkenntnis und eine breite Legitimation: Daher fordern wir erneut den Senat und die Hamburger Schulbehörde auf, ein **Kompetenzteam** zu bilden, das auch mit Vertretungen\*innen aus dem IFBQ, dem Landesinstitut für Lehreraus- und –fortbildung und den Hamburger Schulen besetzt ist und welches diesen notwendigen Masterplan entwickelt.

Der Masterplan muss den Schüler\*innen, Eltern und Pädagog\*innen die längst fälligen Instrumente an die Hand geben, auf die so zahlreich unterschiedlichen Einzelsituationen in den Schulen flexibel, pandemiegerecht und rechtssicher reagieren zu können.“